

4. Neoliberale Hegemonie?

Politik der Notwendigkeit und der Aufstieg des Rechtspopulismus

War vor einigen Jahren in wichtigen Zeitdiagnosen der Politischen Theorie, wie sie zuerst von Jacques Rancière und Colin Crouch vorgelegt und dann intensiv von verschiedenen Seiten aufgegriffen wurden,¹ von Postdemokratie und Postpolitik die Rede, so scheinen die gegenwärtigen Polarisierungen der politischen Diskurse in westlichen Demokratien zumindest die These der Postpolitik hinter sich zu lassen und für eine deutliche Repolitisierung zu sprechen. Populistische, vor allem rechtspopulistische Bewegungen reklamieren zudem auch eine Redemokratisierung der Politik für sich, da sie behaupten, dem Volk eine Stimme zurückzugeben, die ihm durch die Eliten genommen wurde.² Womöglich könnte durchaus einiges dafürsprechen, dass die politisch-strukturelle

1 Crouch und Rancière haben beide den Begriff der Postdemokratie unabhängig voneinander eingeführt; vgl. Jacques Rancière, *Das Unvernehmen*; Colin Crouch, *Postdemokratie*. Daneben ist diese Diagnose von einer ganzen Reihe anderer Autor*innen prominent aufgegriffen worden. Vgl. Slavoj Žižek, *Die Tücke des Subjekts*, Chantal Mouffe, *Über das Politische*; *Agonistik* und *Für einen linken Populismus* oder auch Ingolfur Blühdorn, *Simulative Demokratie*. Zum Begriff der Postpolitik vgl. Slavoj Žižek, *Die Tücke des Subjekts*, 272-282 und Chantal Mouffe, *Über das Politische*. Analytisch ist die These der Postpolitik als eines Verschwindens ernsthafter politischer Auseinandersetzungen um gesellschaftliche Alternativen aber im Grunde im Begriff der Postdemokratie bereits impliziert.

2 Vgl. Jan Werner Müller, *Was ist Populismus?*

Konstellation, die die letzten Dekaden geprägt hat, derzeit Risse erhält. Nancy Fraser spricht hierbei davon, dass wir »vor einem Interregnum³ stehen könnten, dessen Ausgang offen sei und das, wie sie am Beispiel der USA argumentiert, trotz der rechtspopulistischen Erfolgswelle, die Trump zumindest für eine Amtszeit ins Oval Office gebracht hat und den trumpistischen Populismus sicherlich auch nach seiner Abwahl eine wichtige Einflussgröße in der US-amerikanischen Politik bleiben lässt, nach ihrem Dafürhalten auch Möglichkeitsräume für eine neue linke Politik bereithalte; Chantal Mouffe diagnostiziert in ähnlicher Weise eine »Krise der hegemonialen neoliberalen Konstellation« und sieht in ihr »die Chance zum Aufbau einer demokratischen Ordnung«.⁴

Derzeit allerdings ist zunächst zu konstatieren, dass einerseits die Erfolge rechtsgerichteter populistischer Bewegungen in der Fläche gesehen wesentlich markanter sind als die Versuche, linksdemokratische Projekte zu revitalisieren. Andererseits könnten sich zudem die neoliberalen Hegemonie und die mit ihr einhergehende Postpolitik als viel zäher erweisen, als es die Krisendiagnosen, wie sie Fraser oder Mouffe formulieren, vermuten lassen. Zwar befindet sich die neoliberalen Hegemonie, darin stimme ich den Einschätzungen Frasers und Mouffes zu, mittlerweile in einer Krise, aber diese Krise stärkt vielfach rechte Bewegungen, die an die negative neoliberalen Freiheitsvorstellung anschließen können, der sie, wie Wendy Brown eindrucksvoll argumentiert, eine autoritäre Deutung geben. Brown stellt sich dabei die für unsere politische Gegenwart entscheidende Frage:

»Wie konnte Freiheit zur Visitenkarte und zum Antrieb einer so offenkundig unemancipatorischen sozialen Formation werden, deren Angriffe auf Gleichberechtigung, bürgerliche Freiheiten, Konstitutionalismus und grundlegende Regeln der Toleranz und Inklusion sowie deren Befürwortung von weißem Nationalismus, ei-

³ Nancy Fraser, *Vom Regen des progressiven Neoliberalismus in die Traufe des reaktionären Populismus*, 89.

⁴ Chantal Mouffe, *Für einen linken Populismus*, 11.

nem starken Staat und autoritären Führern gar gemeinhin als Vorboten einer ›illiberalen Demokratie‹ charakterisiert werden?«⁵

Brown findet die Antwort auf diese Frage im diagnostischen Begriff der autoritären Freiheit – einem Freiheitsverständnis, mit dem die gegenwärtigen rechten Bewegungen an den neoliberalen Freiheitsbegriff anschließen können. Damit ist, wie sie unterstreicht, nicht gemeint, dass Neoliberalen wie Hayek bewusst rechtsautoritären bis rechtsextremen Bewegungen und deren Angriffen auf »Immigranten, Muslime, Schwarze, Juden, Homosexuelle und Frauen«⁶ Vorschub geleistet oder sie inhaltlich befürwortet hätten. Aber das gegen staatliche Regulierung gerichtete, negative und individualistische Freiheitsverständnis, das wir bei Neoliberalen wie Hayek oder Friedman finden,⁷ ist es, an das rechte Parteien und Bewegungen heute anschließen können. Der für Brown entscheidende Punkt ist, dass diese rechten »Entwicklungen zum Teil aus der neoliberalen Rationalität herrühren«⁸. Und in der Tat müssen wir beobachten, dass sich die Attacken, die Trump während seiner Amtszeit gegen Obamacare geführt hat, ebenso wie die rechtspopulistische Polemik gegenüber Gleichstellungspolitiken oder jüngst die Ablehnung von Corona-Maßnahmen, wie sie in Deutschland von einer sogenannten Querfront artikuliert wird, in der sich naturheilkundeauffine Schulmedizinskeptiker*innen zum allgemeinen Entsetzen nicht scheuen, Seit an Seit mit Rechtsextremen zu demonstrieren, alleamt auf einen gegen staatliche Regulierung gerichteten Freiheitsbegriff stützen, der seine Wurzeln in der negativen Freiheitsidee des Neoliberalismus hat. Wir hätten es dann eher mit einem Gestaltwandel neoliberaler Politik innerhalb der neoliberalen Rationalität zu tun, der rechte Bewegungen und ihr autoritäres Freiheitsdenken, mit Brown gesprochen, als das Monster des Neoliberalis-

5 Wendy Brown, *Das Monster des Neoliberalismus*, 544.

6 Wendy Brown, *Monster des Neoliberalismus*, 557.

7 Vgl. Friedrich August von Hayek, *Die Verfassung der Freiheit*; Milton Friedman, *Kapitalismus und Freiheit*.

8 Wendy Brown, *Monster des Neoliberalismus*, 557.

mus⁹ hervortreten lässt, als mit einem Abschied von der hegemonialen neoliberalen Diskursformation.

Um aber die Chancen und Gefahren der derzeitigen Krisenkonstellation ermessen zu können, scheint es mir wichtig zu sein, die beiden eingangs genannten Zeitdiagnosen einer postpolitischen und postdemokratischen Konstellation auf der einen und einer augenscheinlichen Repolitisierung, die vor allem rechtspopulistische Kräfte gestärkt hat, auf der anderen Seite in ihrer strukturellen Kontinuität zu verstehen. Das ist die Aufgabe dieses Kapitels, in dem es darum gehen wird, die entpolitisierenden und entdemokratisierenden Effekte der neoliberalen Hegemonie auszuweisen und zu zeigen, inwiefern diese vor allem rechtspopulistischen Bewegungen und ihrem Projekt, die Semantik der Demokratie im Namen von Ausgrenzung, Diskriminierung und Rassismus zu erobern, in die Hände gespielt haben.

Eine der radikalsten und instruktivsten Diagnosen der Postdemokratie findet sich in den Arbeiten Jacques Rancières. Seine Diagnose ist deshalb von solcher Radikalität, weil Demokratie für ihn nicht einfach ein Modus der Organisation politischen Entscheidens darstellt, sondern weil Demokratie die Möglichkeit von Politik selbst ist,¹⁰ die wiederum die Möglichkeit der Weltgestaltung in sich trägt.¹¹ Dieses emphatische Verständnis von Demokratie und Politik geht auf die weiter oben bereits angesprochene Kontingenzdiagnose zurück, die Rancière bei allen sonstigen Unterschieden mit Autor*innen wie Claude Lefort oder Chantal Mouffe teilt.¹²

»Die Grundlegung der Politik ist tatsächlich um nichts mehr Konvention als Natur: sie ist die Abwesenheit eines Grundes, die reine

⁹ Vgl. Wendy Brown, *Monster des Neoliberalismus*.

¹⁰ Vgl. Jacques Rancière, *Haine de la démocratie*, 44.

¹¹ Vgl. Jacques Rancière, *Das Unvernehmen*, 33-54. Rancière nähert damit Demokratie und Politik aneinander an, denn beide sind Weisen des Infragestellens und Aufbrechens gegebener (polizeilicher) Ordnungen.

¹² Vgl. zu den verschiedenen Verständnissen des Politischen (bzw. der Politik) bei Lefort, Rancière und Mouffe meine Ausführungen in: Oliver Flügel-Martinsen, *Befragungen des Politischen*, Kap. 3.1.

Kontingenz aller gesellschaftlichen Ordnung. Es gibt Politik einfach, weil keine gesellschaftliche Ordnung in der Natur gegründet ist, kein göttliches Gesetz die menschlichen Gesellschaften beherrscht.«¹³

Dieser Weltgestaltung – die immer eine Umgestaltung ist, weil wir niemals eine nichtgestaltete, sondern stets eine bereits durch eine bestimmte polizeiliche Ordnung gestaltete Welt vorfinden – gibt Rancière den Namen der Demokratie. Sie ist die Gestaltung einer Welt in Abwesenheit eines Fundaments für die Gestaltung der Welt¹⁴ und genau dadurch ermöglicht sie Emanzipation und hat einen streitbaren Charakter. Gerade weil die Ordnung der Welt keine feste Grundlage, keine *archē* besitzt, kann sie zum Gegenstand eines Streits um ihre Einrichtung und um Forderungen Anteilloser auf Anteil werden. Die Welt, die hier zur Rede ist, muss dafür nicht – und hierin liegt ein markanter Unterschied etwa zu Mouffes Überlegungen – selbst durch eine politische Ontologie des Konflikts gekennzeichnet sein, was ihr ja wiederum eine essentialistische Gestalt, nämlich die, durch Antagonismen gekennzeichnet zu sein, geben würde.¹⁵ Es reicht aus, dass die Ordnung, die ihr als Ergebnis eines bestimmten Verlaufs historischer Kämpfe gegeben wurde, nicht fest in einer höheren Ordnung – sei sie natürlich oder göttlich – verankert ist, um die konflikthafte Infragestellung einer Ordnung zu ermöglichen. Die politisch-demokratische Infragestellung einer gegebenen Weltgestaltung, die Rancière mit dem Namen der polizeilichen Ordnung versieht, führt, so sie erfolgreich ist, zu einer Auflösung und Neuordnung. Politik und Demokratie kann es dabei nur so lange geben, wie weitere Infragestellungen möglich bleiben. Aus Rancières Sicht – und das macht ihn zum Postmarxisten – kann es deshalb keine Aufhebung von Politik in eine emanzipierte und dann nicht länger politisch streitbare Ordnung geben, denn jedwede Ordnung kann, so sie Befragungen ausgesetzt

¹³ Jacques Rancière, *Das Unvernehmen*, 28.

¹⁴ Vgl. Jacques Rancière, *Haine*, 44.

¹⁵ Vgl. zu meiner Diskussion der Unterschiede zwischen Mouffe und Rancière: Oliver Flügel-Martinsen, *Befragungen des Politischen*, Kap. 3.1.

wird, aufgelöst und neugestaltet werden. Eine Vorstellung wie sie der Marxismus und bestimmte Dimensionen in Marx' Texten (die allerdings auch andere Seiten haben)¹⁶ mit der kommunistischen Revolution und dem Übergang vom Reich der Notwendigkeit ins Reich der Freiheit nahelegen¹⁷ und als Ende der Konflikte um Emanzipation verstehen, ist Rancière deshalb suspekt:¹⁸ Die in bestimmten Schichten von Marx' Texten auftauchende Vorstellung, dass eine emanzipierte gesellschaftliche Ordnung möglich ist, wenn die »Gestalt des gesellschaftlichen Lebensprozesses, d.h. des materiellen Produktionsprozesses [...] als Produkt frei vergesselter Menschen unter deren bewußter planmäßiger Kontrolle steht«¹⁹, würde die politische Konflikte überflüssig machen und damit aber auch eine dann bestehende Ordnung des Sinnlichen der kritischen Infragestellung zu entziehen suchen. Zwar ist nicht anzunehmen, dass es einer solchen Ordnung gelingen würde, sich wirksam allen Zweifeln und Dissensartikulationen zu entziehen, aber sie würde das zumindest versuchen und sich dadurch sicher nicht als emanzipierte, sondern als eine der schlechteren polizeilichen Ordnungen erweisen.²⁰

Obwohl sich die politischen Befragungen demzufolge nicht stillstellen lassen, muss sich nach meinem Dafürhalten mit diesen Überlegungen selbst keine allgemeine These etwa über die ontologische Kontingenz der Welt verbinden – es reicht vielmehr aus, dass sich durch konkrete Infragestellungen gegebene Ordnungen auflösen und im Erfolgsfalle neu ordnen lassen, weil die gegebenen

¹⁶ Vgl. dazu Oliver Flügel-Martinsen, *Fehlt Marx eine Theorie des Politischen?*

¹⁷ Vgl. Karl Marx, *Das Kapital III*, MEW Bd. 25, 828.

¹⁸ Vgl. Jacques Rancière, *Das Unvernehmen*, 94ff. Hierin berührt sich seine Einschätzung mit derjenigen Laclaus, der deshalb von Emanzipationen im Plural und nicht von Emanzipation im Singular spricht: Vgl. Ernesto Laclau, *Emancipation(s)*.

¹⁹ Karl Marx, *Das Kapital I*, 94.

²⁰ Rancière unterscheidet bekanntlich bessere und schlechtere polizeiliche Ordnungen, wobei er gegen Vorstellungen wie die der marxistischen Idee einer befreiten Gesellschaft festhält, dass eine bessere Polizei ihre Infragestellung zulässt. Vgl. Jacques Rancière, *Unvernehmen*, 42.

Ordnungen nicht auf eine Bestandsgarantie oder eine feste Verdrahtung in einer normativen Ordnung höherer Art zurückgreifen können. Jede Neuauflistung der Welt, auch eine solche, die sich als universale Befreiung versteht, kann im nächsten Augenblick schon ihrerseits einer Infragestellung ausgesetzt werden, die diejenigen anstellen, die keinen oder nur einen ungenügenden Anteil an ihr haben. Die postrevolutionäre Geschichte der Menschen- und Bürgerrechte ist dafür ein gutes Beispiel: Zwar tritt die *Déclaration des droits de l'homme et du citoyen*²¹ mit einem universalistischen Rechtsverständnis auf, allerdings beschränkt sie sich zunächst auf die Rechte weißer Männer, was Olympe de Gouges sogleich zum Gegenstück einer *Déclaration des droits de la femme et de la citoyenne*²² und die um Befreiung ringenden schwarzen Sklav*innen auf Haiti zu einer Revolution führt – die Erstgenannte wird allerdings geköpft und im Grunde erst im 20. Jahrhundert wiederentdeckt; die Letztgenannten werden in der eurozentrisch dominierten Geschichts- und Ideengeschichtsschreibung marginalisiert. Rancière selbst deutet übrigens die Menschenrechte als Möglichkeit, ein »Intervall« zu öffnen, »in dem politische Subjektivierung möglich ist«²³, d.h. durch das die Möglichkeit einer neuen Weltgestaltung in die bestehende Welt eingetragen werden kann.

Mit dem Begriff der Postdemokratie bezeichnet Rancière nun eine polizeiliche Ordnung, die, wie man mit dem Gramsci entlehnten²⁴ und durch Laclau und Mouffe für die zeitgenössische Politische Theorie fruchtbar gemachten Begriff sagen kann,²⁵ zur *Hegemonie* gelangt ist, die sich also selbst gegen Befragungen immunisiert, da sie auf selbstverständliche Weise die notwendige Ordnung der Dinge zu repräsentieren scheint. Zeitdiagnostisch führt Rancière dabei aus, dass die »Post-Demokratie«, um sich zu etablieren und »den Demos ins Abseits zu setzen, die Politik ins Abseits setzen, in

²¹ Vgl. zur deutschen Übersetzung der französischen Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte von 1789: Karl-Peter Fritzsch, *Menschenrechte*, 193-195.

²² Vgl. Olympe de Gouges, *Die Rechte der Frau/Les Droits de la Femme*, 139-175.

²³ Jacques Rancière, *Wer ist das Subjekt der Menschenrechte?*, 483.

²⁴ Vgl. Antonio Gramsci, *Gefängnishefte*, bspw. 1325 und 1384.

²⁵ Vgl. Ernesto Laclau/Chantal Mouffe, *Hegemonie und radikale Demokratie*.

die Klauen der wirtschaftlichen Notwendigkeit und der rechtlichen Regel«²⁶ übergeben muss. Die staatliche Gewalt dieser postdemokratischen polizeilichen Ordnung kann dies tun, wenn und weil sie erfolgreich behauptet, »dass sie nichts anderes als das einzige Mögliche tut, nichts, als das, was von der strengen Notwendigkeit im Zusammenhang der zunehmenden Verstrickung der Wirtschaften im Zentrum des Weltmarktes befohlen wird«.²⁷ Über eine solche Politik lässt sich dann im Grunde nicht mehr streiten, da die Semantik der Notwendigkeit die Perspektive politischer Gestaltbarkeit, die eine Wahl zwischen Alternativen oder einen Streit um verschiedene Optionen voraussetzt, hinter sich lässt. Gelingt ihr das, können wir von ihr sagen, dass sie in dem Sinne hegemonial geworden ist, dass ihre Behauptungen nicht länger als politisch wahrgenommen werden, sondern, mit Gramsci gesprochen, als Teil des Alltagsverständes erscheinen.²⁸

Rancière hat diese, wenn erfolgreiche, dann weitgehend unsichtbare Strategie in einem jüngeren Text rekonstruiert und im Zuge dieser Rekonstruktion einer unnachgiebigen Befragung unterzogen. In *Les temps modernes*²⁹ setzt sich Rancière mit einem gewissen historischen Abstand von einigen Dekaden mit der These eines Endes der großen Erzählungen (»la fin de grands récits«³⁰) auseinander und fokussiert dabei vor allem auf die Verabschiedung des marxistischen Narrativs einer historischen Zukunft, die die Hoffnung auf Gerechtigkeit bereithält. Die kritische Pointe seiner Überlegungen liegt nun genau darin, dass mit der Verabschiedung dieses emanzipatorischen Narrativs nicht, wie die Grunderzählung der Zeit nach dem Fall des Eisernen Vorhangs es glauben macht, die Epoche der sinnstiftenden Narrative zu Ende ging, sondern dass auf kaschierte Weise vielmehr eine sehr erfolgreiche andere

26 Jacques Rancière, *Das Unvernehmen*, 120, Herv. i.O.

27 Jacques Rancière, *Das Unvernehmen*, 122.

28 Vgl. Antonio Gramsci, *Gefängnishefte*, 1375-1392.

29 Dieser Text ist in Rancières gleichnamiger Aufsatzsammlung erschienen:
Vgl. Jacques Rancière, *Les temps modernes*.

30 Jacques Rancière, *Les temps modernes*, 13. Die Formulierung selbst stammt von Jean-François Lyotard.

Großerzählung aufgetreten ist. Es handelt sich dabei um genau jenes neoliberalen Narrativ des freien Marktes der Globalisierung und seiner Notwendigkeiten, das der Geburt der Postdemokratie und der neoliberalen Politik der Notwendigkeit Pate steht. Die historische Notwendigkeit, die auch das marxistische Narrativ in Form der Zukunft eines kommunistischen Reichs der Freiheit angeleitet hat, ist nicht verschwunden, sie hat vielmehr ihre Gestalt gewandelt, indem sie die Form einer historischen Unvermeidlichkeit des globalisierten freien Marktes, der politisch nicht gesteuert werden kann und darf, angenommen hat:

»La nécessité historique recevait un nouveau nom. Elle s'appelait maintenant globalisation. Et il apparaissait que cette globalisation impliquait encore une fin immanente. Cette fin, ce n'était plus la révolution, c'était au contraire le triomphe du libre marché global.«

»Die historische Notwendigkeit erhielt einen neuen Namen. Sie nannte sich jetzt Globalisierung. Und es schien so, dass diese Globalisierung weiterhin ein immanentes Ziel implizierte. Dieses Ziel, das war nicht mehr die Revolution, das war im Gegenteil der Triumph des freien globalen Marktes.«³¹

Rancières kritische Befragung lässt nun hervortreten, dass es sich bei der Politik der Notwendigkeit, die aus dem Narrativ des freien Marktes der Globalisierung abgeleitet wird, selbst um eine politische Ordnung handelt, auch wenn sie sich eine andere Gestalt zu geben sucht und behauptet, gerade nicht politisch zu sein. Sie ist in Rancières Terminologie eine polizeiliche Ordnung, die versucht, sich als unvermeidliche, geradezu spontane und selbstverständliche Ordnung zu präsentieren, um so vom Umstand abzulenken, dass sie durch bestimmte Maßnahmen – etwa neoliberalen Deregulierungs- und Privatisierungspolitiken – in die Welt gebracht wurde und wird.

Um diese auch gegenwärtig noch dominante, wenngleich immer wieder auch durch Protestbewegungen in Frage gestellte neoliberalen polizeilichen Ordnung zu verstehen, ist es hilfreich, Überle-

³¹ Vgl. Jacques Rancière, *Les temps modernes*, 24/25, dt. Übersetzung OFM.

gungen hinzuzuziehen, die Wendy Brown im Anschluss an Michel Foucault zur neoliberalen Regierungsrationallität angestellt hat:

»Im Gegensatz zu einem Verständnis des Neoliberalismus als einer Menge staatlicher Maßnahmen, einer Phase des Kapitalismus oder einer Ideologie, die den Markt entfesselt hat, um die Rentabilität einer Klasse von Kapitalisten wiederherzustellen, schließe ich mich Michel Foucault und anderen an und begreife den Neoliberalismus als eine Ordnung normativer Vernunft, die, wenn sie an Einfluss gewinnt, die Form einer Regierungsrationallität annimmt und eine bestimmte Formulierung ökonomischer Werte, Praktiken und Metriken auf jede Dimension des menschlichen Lebens ausdehnt.«³²

Neoliberalismus als Regierungsrationallität und nicht einfach als Regierungspolitik zu deuten, erlaubt es demnach, wie Brown ausführt, ihn beispielsweise nicht einfach nur als ein Bündel politischer Maßnahmen, sondern stattdessen als eine normative Ordnung zu begreifen, die nicht nur einzelne Entscheidungen und Regeln betrifft, sondern die grundsätzlich alle Bereiche sozialen und politischen Lebens durchdringt. Der dadurch implizierte Begriff des Regierens reicht auch weit über ein enges, auf das politische System beschränktes Konzept der Regierung hinaus. Wenn Foucault – und Brown folgt ihm hierin – von einer Regierung der Menschen spricht, dann sind damit vielgesichtige Machtbeziehungen und Subjektivierungsformen in ganz unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen gemeint:

»Macht gehört letztlich weniger in den Bereich der Auseinandersetzung zwischen Gegnern oder der Vereinnahmung des einen durch den anderen, sondern in den Bereich der ›Regierung‹ in dem weiten Sinne, den das Wort im 16. Jahrhundert besaß. Damals bezog es sich nicht nur auf politische Strukturen und die Staatsverwaltung, sondern meinte auch die Lenkung des

³² Wendy Brown, *Die schleichende Revolution*, 32.

Verhaltens von Individuen und Gruppen: von Kindern, Seelen, Gemeinschaften, Familien, Kranken.»³³

Wenn von einer neoliberalen Gouvernementalität die Rede ist, dann bezieht sich diese daher nicht nur und noch nicht einmal in erster Linie auf den Bereich der Politik und der staatlichen Bürokratie, sondern auf eine ganze Vielzahl anderer Lebensbereiche. Damit die neoliberalen Rationalitäten zum dominanten Diskurs wird, muss sie sich in einer Konstellation von Machtbeziehungen und Kräfteverhältnissen als hegemonial behaupten, d.h. sie muss, mit Gramscis Überlegung, zum Alltagsverständnis werden. Mit Foucaults Vorschlag, diskursive Formationen als Ergebnisse von Diskursen und Gegendiskursen zu deuten, können wir verstehen, warum auch dominante Diskursformationen nicht gänzlich unkontestiert bleiben und wie es gelingen kann, sie in Frage zu stellen und sie zu transformieren. Dabei spielen abweichende Formen der Subjektivierung, eine widerständige Transformation von Subjektformen, wie sie Foucault am Beispiel der frühen LGBT-Bewegung in den USA beobachtet hat, eine entscheidende Rolle.³⁴ Der Begriff der Subjektivierung ist demnach doppelgesichtig: Auf der einen Seite verweist er auf die Subjektwerdung, der wir in vorherrschenden Diskursformationen unterworfen werden, auf der anderen Seite eröffnet er aber auch die Möglichkeit einer Entunterwerfung durch eine Entsubjektivierung und anschließende Neusubjektivierung. Im Französischen stecken die Unterwerfung und die Subjektwerdung im gleichen Wort: *assujettissement*. Es dürfte daher kein Zufall sein, dass Foucault genau diesen Terminus heranzieht, wenn er die Doppelgesichtigkeit der Subjektivation zwischen Unterwerfung und Widerstand herauszu-

33 Michel Foucault, *Subjekt und Macht*, 256.

34 Gegenwärtig sind für die Weiterentwicklung dieser Überlegungen vor allem die Arbeiten Judith Butlers von größtem Interesse. Zu meiner Auseinandersetzung mit der Theorie widerständiger Subjektivierung vgl. Oliver Flügel-Martinsen, *Subjektivation: Zwischen Unterwerfung und Handlungsmacht und Macht zwischen Unterwerfung und Widerstand*; dort finden sich auch zahlreiche Verweise auf einschlägige Texte Foucaults und Butlers.

stellen sucht.³⁵ Foucault versteht diese Überlegungen – und das ist für den Gegenstand des vorliegenden Essays von größter Wichtigkeit – durchaus als kritische Zeitdiagnose und er lässt dabei keinen Zweifel darin, worauf diese Zeitdiagnose zielen muss: »Das Hauptziel besteht heute zweifellos nicht darin, herauszufinden, sondern abzulehnen, was wir sind.«³⁶

Gramscis Begriff der Hegemonie, die sich in der Transformation von bestimmten Auffassungen in den geradezu selbstverständlich gewordenen Alltagsverstand zum Ausdruck bringt, ermöglicht es dabei aber zudem, die Persistenz jener Ordnungen zu verstehen. Um diese Persistenz zu begreifen, ist auch Rancières Hinweis wichtig, dass es sich eben nicht einfach nur um Machtverhältnisse (»rapports de pouvoir«) handelt, sondern dass wir im Grunde von Weltverhältnissen (»rapport de mondes«³⁷) sprechen müssen, da es sich jeweils um ganze Ordnungen – eben um Weltgestaltungen – handelt, die allerdings, wie wir weiter oben bereits gesehen haben (vgl. Kap. 2), durch Befragungen, die ihre Kontingenz herausstellen, in Bewegung gebracht werden können. Das kann durchaus auch scheitern oder über einen längeren Zeitraum nicht von Erfolg gekrönt sein, je nachdem, wie stark die erreichte Hegemonie ist, wie tief also Grundüberzeugungen und Maßstäbe in den Alltagsverstand eingedrungen sind.

Der Erfolg der neoliberalen Rationalität ist dabei in den vergangenen Dekaden ausgesprochen groß. Ihre Grundbehauptung, dass für den Markt regiert werden muss, weil der Markt, wie es bei Foucault heißt, der Ort der Veridiktion³⁸, der Wahrsprechung, ist, der Ort also, an dem sich die Wahrheit einer Sache zeigt oder

³⁵ Vgl. hierzu Formulierungen wie »mode d'assujettissement« (Unterwerfungsweise) in Michel Foucault, *Histoire de la sexualité* 2, 34 oder »procédures d'assujettissement« (Prozeduren der Unterwerfung) in Michel Foucault, *L'ordre du discours*, 46. Ausführlich habe ich diese Doppelgesichtigkeit der Subjektivierung andernorts diskutiert: Vgl. Oliver Flügel-Martinsen, *Subjektivation: Zwischen Unterwerfung und Handlungsmacht*.

³⁶ Michel Foucault, *Subjekt und Macht*, 250.

³⁷ Für beide Zitate: Jacques Rancière, *Mésentente*, 67 (dt. *Das Unvernehmen*, 54).

³⁸ Vgl. Michel Foucault, *Geschichte der Gouvernementalität II*, 56/57.

auch nicht, ist nachhaltig bis in die Kapillaren unserer Gegenwarts gesellschaften eingedrungen. Auf der Ebene der Politik zeigt sich das allein schon daran, dass die neoliberale Logik in der jüngeren Vergangenheit eben nicht nur die Programmatik eines bestimmten politischen Lagers gewesen ist, wie es vielleicht zu Beginn der 1980er Jahre der Fall war, als das neoliberale Projekt unter Ronald Reagan in den USA und unter Margaret Thatcher in Großbritannien zur Regierungspolitik wurde, sondern dass sie auch das gegnerische politische Lager erfasst hat. Nancy Fraser zeigt so für die USA auf, dass die progressive Identitätspolitik der Demokraten unter der Präsidentschaft Bill Clintons eine programmatiche Allianz mit dem Neoliberalismus eingegangen ist, aus der sich eine Konstellation ergeben hat, die sie als progressiven Neoliberalismus bezeichnet³⁹; Chantal Mouffe stellt ähnliche Überlegungen für Großbritannien an, indem sie nachzeichnet, dass das Hegemonialwerden des Neoliberalismus durch Thatcher sich gerade darin zeigt, dass auch deutlich nach dem Ende ihrer Regierungszeit die neoliberale Rationalität zur herrschenden Doktrin des Projekts New Labour unter Tony Blair wurde und somit die beiden dominanten politischen Parteien des Vereinigten Königreichs gleichermaßen geprägt hat.⁴⁰ Am Beispiel der deutschen Politik der vergangenen beiden Dekaden mag hier der Verweis auf die Verwendung der Semantik der Notwendigkeit instruktiv sein, die die entscheidende Begründungsfigur sowohl für die Reform der Sozial- und Arbeitsmarkt gesetzgebung unter Gerhard Schröder zu Beginn des neuen Jahrtausends war, als auch für die Austeritätspolitik, die Angela Merkel im Kontext der Finanz- und Währungskrise auf europäischer Ebene vertreten hat. In all diesen Fällen fungierte der Markt im foucaultschen Sinne als Ort der Veridiktion, da sich primär an der Marktkonformität (Stichwort: Erfordernisse des Weltmarktes) und nicht an anderen Kriterien, wie etwa solchen des sozialen Ausgleichs oder der Chancengerechtigkeit, die Qualität politischer Maßnahmen erwiesen hat – solche anderen Kriterien mögen aus legitimationspolitischen Gründen zusätzlich herangezogen worden sein, zu kei-

39 Vgl. Nancy Fraser, *Vom Regen des progressiven Neoliberalismus*.

40 Vgl. Chantal Mouffe, *Für einen linken Populismus*, 43.

nem Zeitpunkt konnte aber auch nur der leiseste Zweifel am Vorrang der Erfordernisse eines globalisierten Marktes bestehen. Dass diese Zeit eine Periode der forcierten Vermögensungleichheit und -konzentration in den westlichen Demokratien und insbesondere auch in der Bundesrepublik Deutschland war (und bis heute ist), passt dabei nur ins Bild. Dass die neoliberalen Rationalität den Markt als Ort der Veridiktion versteht, führt im Konzert der anderen neoliberalen Maßstäbe für eine angemessene Politik zu einer im Grunde paradoxen Konstellation: Politik muss nämlich in einer neoliberalen Konstellation für den Markt regieren, den Markt demnach aktiv politisch fördern und sogar ermöglichen, worin ein markanter Unterschied zum klassischen und neoklassischen ökonomischen Liberalismus besteht, der den Markt wie in Adam Smiths berühmtem Theorem der *invisible hand* als sich mit sich selbst vermittelndes Gefüge versteht, dessen gleichsam natürliche Kräfte auf Ausgleich ziehen, wenn sie nur sich selbst überlassen werden.⁴¹ Die neoliberalen Rationalität postuliert daher ein Regieren *für den Markt* – gleichzeitig untersagt sie aber aufs Strengste ein Regieren *des Marktes*. Die paradoxen Folgen dieses Postulats lassen sich im politischen Alltag immer wieder beobachten. Am eindrücklichsten ist hier vielleicht der Umstand, dass der Erfolg einer Regierung an der ökonomischen Prosperität bemessen wird, wodurch die Regierungen den Wechselseitigen eines globalisierten Marktes ausgeliefert werden, da er der Ort der Veridiktion ihrer Politik ist, ohne dass sie auf ihn Einfluss nehmen können und sollen. Gleichzeitig müssen sie, das haben wir schon festgehalten und in seinen postdemokratischen Implikationen betrachtet, sich den Notwendigkeiten dieses Marktes beugen – das ist der Kern des Regierens für den Markt.

Neoliberalismus nicht einfach als politische Programmatik bestimmter politischer Strömungen, sondern als normative Ordnung zu analysieren, erlaubt es demnach, zu verstehen, warum neoliberal Politik nicht nur das Programm eines bestimmten politischen

⁴¹ Diese Unterschiede zwischen klassischem Liberalismus und Neoliberalismus diskutiert Brown in Auseinandersetzung mit Foucault. Vgl. Wendy Brown, *Revolution*, 66–79.

Lagers, sondern die Signatur einer Politik der Mitte geworden ist, der in den vergangenen beiden Dekaden sowohl das konservativ-bürgerliche als auch das links-progressive Lager und damit die meisten politischen Parteien entgegenstreben und warum sie zudem sämtliche Bereiche des gesellschaftlichen Lebens erfasst hat: Die normative Ordnung des Neoliberalismus hat den Alltagsverstand zutiefst durchdrungen. Deshalb reicht ihr Einfluss, ja ihre Gestaltungskraft, wie Brown unterstreicht,⁴² weit über Monetarisierung hinaus: Die neoliberalen Ökonomisierung macht sich in der Etablierung einer Logik der Vermarktlichung und des marktförmigen Vergleichs gerade auch dort bemerkbar, wo es nicht um Geld geht. Um das an einem Beispiel zu verdeutlichen: Die neoliberalen Umgestaltung von Universitäten, die Brown am Beispiel der USA als einem wichtigen Fall diskutiert,⁴³ findet auch im deutschen Universitätssystem statt, obwohl in ihm Privatuniversitäten und exorbitante Studiengebühren zumindest gegenwärtig kaum eine Rolle spielen. Nun könnte man versucht sein, zu glauben, dass das deshalb der Fall ist, weil die Grundfinanzierung deutscher Hochschulen sinkt und darum das Erfordernis steigt, als unternehmerische Hochschule auf einem Drittmittelmarkt um Forschungsgelder zu konkurrieren.⁴⁴ Diese unmittelbar monetisierte Form neoliberaler Ökonomisierung ist fraglos Teil der neoliberalen Neugestaltung der deutschen Hochschullandschaft. Begreift man Neoliberalismus aber mit Brown im deutlich weiteren Sinne als normative Ordnung, dann rücken plötzlich auch ganz andere Phänomene und Wandlungsprozesse in den Blick: Neoliberal ökonomisiert werden Hochschulen in Deutschland nämlich auch dadurch, dass ihre Studiengänge durch Rankings einer marktförmigen Vergleichslogik ausgesetzt werden oder dass mithilfe von Rankings und Zitationsindizes die Qualität von publizierter Forschung nicht an deren Inhalten, sondern anhand von Kennziffern ermittelt wird, die wiederum marktförmige Vergleiche ermöglichen und deren Logik folgen. Stärker monetär geprägte

42 Vgl. Wendy Brown, *Revolution*, 32.

43 Vgl. Wendy Brown, *Revolution*, Kap. VI.

44 Vgl. Richard Münch, *Akademischer Kapitalismus*.

marktförmige Bewertungskriterien, wie etwa die Bemessung wissenschaftlicher Güte an der Summe eingeworbener Drittmittel, spielen zweifelsohne eine wichtige Rolle, aber entscheidend ist auch, dass die Logik der Ökonomisierung sich zusätzlich auf die Strukturierung nicht-monetärer Felder erstreckt.

Inwiefern befördert die neoliberalen Hegemonie nun aber populistische, vor allem rechtspopulistische Erfolge? Während der liberale Mainstream der politischen Philosophie und Theorie diesem Phänomen über lange Zeit kaum Aufmerksamkeit schenkte, finden sich in den Arbeiten von Autor*innen wie Chantal Mouffe oder Jacques Rancière schon vergleichsweise früh instruktive Beobachtungen und Thesen zum seinerzeit bevorstehenden und in der Zwischenzeit in erschreckendem Ausmaße in einer Vielzahl westlicher Demokratien erfolgten Erstarken nationalistischer und rechtspopulistischer politischer Bewegungen. Sowohl Mouffe als auch Rancière verknüpfen ihre Überlegungen zur Wiedereröffnung einer linken, emanzipatorischen Demokratieidee mit einer vehementen Kritik am Konsens- und Notwendigkeitsdenken. Wir haben bereits gesehen, dass eine Politik, die im Namen von Konsens und Notwendigkeit die Möglichkeit von grundlegendem Dissens beiseiteschiebt, Mouffe und Rancière als eine Verabschiedung demokratischer Gestaltungsmöglichkeiten erscheint; Rancière spricht hier bekanntlich von Postdemokratie;⁴⁵ Mouffe zieht zur Charakterisierung dieser Situation zudem den diagnostischen Terminus Postpolitik heran.⁴⁶ Dass beide sich dabei nach meinem Dafürhalten auf unterschiedliche Verständnisse der Ontologie des Politischen beziehungsweise der Politik stützen, indem Mouffe immer wieder die ontologisch antagonistische Verfasstheit des Politischen betont, während Rancière lediglich von der Kontingenz jeglicher polizeilichen Ordnung auszugehen scheint und nicht die stärkere These einer ontologischen Konflikthaftigkeit des politischen Raumes vertritt, ist hinsichtlich des explanatorischen Werts der damit verbundenen kritischen Zeitdiagnosen, um den

45 Vgl. Jacques Rancière, *Das Unvernehmen*, 105ff., s.a. Jacques Rancière, *Demokratie und Postdemokratie*.

46 Vgl. Chantal Mouffe, *Über das Politische*, Kap. 4.

es an dieser Stelle primär geht, vernachlässigbar, weshalb ich diese Differenz an dieser Stelle auch nicht weiter verfolgen werde.⁴⁷

Die neoliberalen Politik des Konsenses und der Notwendigkeit macht also mit der Politik Schluss, weil sie die Möglichkeit einer dissensuellen Gegenrede zu unterbinden sucht. Was hat das nun aber mit den Erfolgen nationalistischer und rassistischer Politiken zu tun? Mouffe weist dabei schon 2005 in empirischer Hinsicht darauf hin, dass sich Erfolge rechtspopulistischer Parteien – sie bezieht sich dabei auf die Erfolge der FPÖ in Österreich ab Ende der 1990er Jahre und auf diejenigen des Vlaams Bloks in Belgien Anfang der 2000er Jahre – vor allem dann einstellen, wenn die anderen politischen Parteien einem Konsens der Mitte zustreben und den Wähler*innen so keine Wahl zwischen Alternativen bleibt, weshalb es rechtspopulistischen Bewegungen gelingt, sich als Alternative zu inszenieren.⁴⁸ Sie führen auf diese Weise mithilfe xenophober Feindbildstilisierungen die verdrängte Dynamik der Auseinandersetzung wieder in den politischen Diskurs ein.⁴⁹ So betrachtet bietet die neoliberalen Konsenspolitik rechtspopulistischen Bewegungen die Möglichkeit, sich als demokratische Alternative zu präsentieren – dass sich der deutsche Rechtspopulismus den Namen einer *Alternative für Deutschland* gibt und sich als Opfer einer Meinungsdiktatur inszeniert, ist so gesehen alles andere als ein Zufall.

Rancière sieht ebenfalls in der Politik von Konsens und Notwendigkeit eine wesentliche Ursache des erneuten Auftauchens von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Wie er bereits Mitte der

47 Vgl. zur ausführlichen Diskussion dieser Differenzen und ihrer Folgen: Oliver Flügel-Martinsen, *Befragungen des Politischen*, Teil 3, v.a. Kap. 3.1 und 3.4.

48 Vgl. Chantal Mouffe, *Über das Politische*, 87-91.

49 Mouffe vertritt deshalb – in, wie sie betont, expliziter Parteinaahme und in Form einer politischen Intervention – mittlerweile die Position, dass der nationalistischen und rassistischen rechtspopulistischen Kritik der Konsenspolitik eine Strategie des linken Populismus entgegengesetzt werden muss, die den demokratischen Dissens unter anderen Vorzeichen ins Spiel bringt und so anstelle der rechten Vereinnahmung der Semantik der Demokratie eine linksemanzipatorische Perspektive auf demokratische Gestaltung eröffnet. Vgl. Chantal Mouffe, *Für einen linken Populismus*, 19.

1990er Jahre argumentiert, führt das Verschwinden der politischen Subjektivierungsform des Arbeiters zu einer Spaltung in der ehemaligen Kategorie des Arbeiters:⁵⁰ Auf der einen Seite steht dann nämlich der ehemalige Arbeiter in Form des weißen Rassisten und auf der anderen der Einwanderer, der ebenfalls Arbeiter ist, aber auf seine Fremd- und Andersartigkeit reduziert, damit abgespalten und zum Feindbild stilisiert wird. Das Volk der Besitzlosen hat so seine Subjektivierungsweise als Proletariat verloren und spaltet sich in zwei diametral entgegengesetzte Gruppen:

»Das Ende des ›Mythos‹ vom Volke, die Unsichtbarkeit des Arbeiters ist die Abwesenheit von Subjektivierungsweisen, die es erlauben würden, sich als Ausgeschlossener einzuschließen, sich als Nichtberechneter zu zählen. Die Auslöschung dieser politischen Weisen der Erscheinung und der Subjektivierung des Streithandels hat zur Folge, daß es im Realen zur brutalen Wiedererscheinung einer Andersheit kommt, die nicht mehr symbolisiert wird. Der einstige Arbeiter spaltet sich entzwei: einerseits in den Einwanderer, andererseits in den neuen Rassisten [...].«⁵¹

Im Anschluss an Rancière lässt sich damit zeitdiagnostisch konstatieren, dass das Verschwinden dieser auf emanzipatorische Kämpfe ausgerichteten Kategorie im politischen Diskurs zu einer Spaltung geführt hat, die die polizeiliche Ordnung der neoliberalen Notwendigkeit gerade nicht antastet. Wir haben es weiter oben bereits angedeutet: Die rechtspopulistische Umdeutung des Globalisierungsgeschehens röhrt gerade nicht an die ungleiche Einkommens- und Vermögensordnung einer entfesselten Wirtschaft, sondern sie macht aus einer Gruppe Betroffener – den Migrant*innen – das zu bekämpfende Feindbild und spielt eine andere Gruppe Betroffener – Geringqualifizierte und Angehörige der von Abstiegsängsten geplagten (unteren) Mittelschicht – gegen sie aus. Diese Aufspaltung ist auch über zwei Dekaden später noch geeignet, um rechtspopulistische Erfolge zu analysieren. Hier ist das

⁵⁰ Vgl. Jacques Rancière, *Das Unvernehmnen*, 127/128. S.a. Jacques Rancière, *Demokratie und Postdemokratie*, 119.

⁵¹ S.a. Jacques Rancière, *Demokratie und Postdemokratie*, 119.

Beispiel Trumps sehr eindrücklich, denn der Erfolg seines »reaktionäre[n] Populismus«⁵², der zu einer Amtszeit im Weißen Haus und, wie zu befürchten steht, zu einer auch darüber hinausreichenden einflussreichen Rolle mindestens des trumpistischen Populismus geführt hat, ist, wie Nancy Fraser in einem Deutungsvorschlag nahelegt, gerade durch das Verschwinden der Kategorie und der Ansprüche ökonomisch Unterprivilegierter auch und gerade aus den Programmatiken der politischen Linken geschuldet.⁵³

Als Abschlussüberlegung dieses Kapitels drängt sich dennoch die Frage auf: Warum rechte und nicht linke Erfolge? Warum gelingt eine rechte Stilisierung als Alternative, aber keine, zumindest keine größtmäßig in der Fläche westlicher Demokratien vergleichbare linke Alternative zum neoliberalen Konsens der Mitte? Eine Antwort darauf wurde bereits weiter oben in diesem Kapitel unter Rekurs auf Wendy Browns Kategorie des autoritären Freiheitsverständnisses gegeben: Rechte Bewegungen können demzufolge nämlich an die neoliberale Rationalität und deren negatives Freiheitsverständnis anschließen, wenn sie etwa gegen Gleichstellungspolitiken als staatliche Bevormundung polemisieren. Das ist etwa in Deutschland ganz klar die Strategie der rechtsradikalen Partei AfD, die auf der Grundlage eines eigentlich autoritär gewendeten negativen Verständnisses individueller Freiheit nicht nur gegen Genderpolitik mobil macht, sondern während der Corona-Krise auch den Protest einer massiv rechtsextrem durchsetzten, gegen staatliche Schutzmaßnahmen gerichteten Bewegung auf den Straßen zu befeuern sucht. Diese neuen rechten Bewegungen, die rechtsstaatliche Institutionen und Normen in vielen Demokratien seit einigen Jahren unter Druck setzen und teils in Regierungämter gelangt sind, können so an die neoliberale Semantik anschließen und müssen ihr lediglich eine autoritäre Wende geben. Dadurch haben sie gegenüber

⁵² Nancy Fraser, *Vom Regen des progreissen Neoliberalismus*, 88, Herv. i.O.

⁵³ Wobei sich Trumps Wähler*innenschaft, wie die US-Präsidentswahlen 2020 erneut gezeigt haben, keineswegs primär aus sozio-ökonomisch prekarisierten Schichten zusammensetzt.

linken Bewegungen, die sich in der Situation einer Krise der neoliberalen Hegemonie erst einmal um die Etablierung oder zumindest die Revitalisierung alternativer Verständnisse etwa einer sozialen Freiheit bemühen müssten, klare strukturelle Vorteile.

Darüber hinaus scheint mir aber auch der Verweis auf die komplexe Situation globaler Ungleichheit und wirtschaftlicher Globalisierung wichtig zu sein, die uns später noch beschäftigen wird (vgl. Kap. 6) und die linken Projekte wenigstens in einem gewissen Umfang das Wasser abgräbt. Deshalb halte ich auch die Erfolgschancen linkspopulistischer Projekte, wie sie etwa Mouffe vorschweben,⁵⁴ für begrenzt beziehungsweise sehe in der politischen Praxis sogar eine deutliche Gefahr, dass sich diese Formen »linker« Projekte durchaus möglicherweise ungewollt oder durch fahrlässige Inkaufnahme an rechte Projekte annähern. Diese letzteren genannte Gefahr ist in der renationalisierenden Rhetorik spürbar, wie sie in Frankreich sehr erfolgreich von Jean Luc Melenchon vertreten wird, der sich gegen die EU im Ganzen richtet und ein Wiedererstarken der nationalstaatlichen Variante des französischen Wohlfahrtsstaates fordert, statt eine soziale und linke Umgestaltung der EU zu postulieren. In eine ähnliche Richtung wies in Deutschland mit geringerem Erfolg, aber mit einer erschreckenden Nähe zu fremdenfeindlichen Argumentationsfiguren, wie sie sich auch bei rechtspopulistischen Bewegungen finden, die ursprünglich von Sarah Wagenknecht ins Leben gerufene und mittlerweile wohl wieder versandete Initiative *Aufstehen*. Chantal Mouffe sieht diese Gefahr einer Annäherung an nationalistische Positionen durch einen Rekurs auf nationale Gemeinschaften als Identifikationspunkte durchaus. Ihr Plädoyer für einen linken Populismus bleibt an dieser Stelle aber eigentlich ambivalent oder vielleicht eher nebulös: Einerseits sucht sie jegliche nationalistische Note zu vermeiden und betont deshalb, dass der linkspopulistische Kampf für eine emanzipatorische radikale Demokratie, die der sozialen Frage wieder einen Raum im politischen Diskurs eröffnet, zwar aus taktischen und strategischen Gründen auf der nationalstaatlichen

54 Vgl. Chantal Mouffe, *Für einen linken Populismus*.

Ebene begonnen werden muss, sich aber nicht auf diese beschränken darf – sie deutet dabei etwa den »Aufbau eines Bündnisses auf europäischer Ebene«⁵⁵ an. Andererseits bleibt aber demgegenüber ihr Hinweis darauf, dass »die starke libidinöse Involvierung, die bei nationalen – oder regionalen – Identifikationsformen am Werk ist« nicht »dem Rechtspopulismus«⁵⁶ überlassen werden darf, gefährlich unscharf. Es lässt sich im Grunde nicht erahnen, wie ein genuin linker Umgang mit der behaupteten Bindewirkung nationaler Identitäten auch nur annähernd aussehen könnte, und Mouffe unternimmt, wenigstens an dieser Stelle, auch keinen Versuch, das näher auszuführen. Ihre Bemerkung, dass sich linke Strategien auf die egalitären Dimensionen der nationalen Diskurse beziehen und stützen sollten, scheint mir jedenfalls wenig hilfreich, denn genau das tun rechte Parteien und Bewegungen ja bereits und ihnen kommt dabei die Art und Weise, wie Egalität in nationalistischen Diskursen artikuliert wird, entgegen: Es handelt sich dabei nämlich um die Gleichheit der Angehörigen einer Nation, die als unterstellte homogene Gruppe gegenüber Anderen abgegrenzt wird, denen die gleichen Rechte gerade durch diesen Rekurs auf Gleichheitsansprüche der nationalen Gemeinschaft in Abrede gestellt werden. Wo eine linke Strategie hier ansetzen sollte, bleibt meines Erachtens schleierhaft – und es ist deshalb auch kein Wunder, dass beispielsweise die deutsche Linkspartei durch diese Spannung zwischen einer »linksnationalistischen« Strategie à la Wagenknecht und der kosmopolitisch gewendeten Strategie internationalistischer Solidarität einer Zerreißprobe ausgesetzt wird.

Die nationalstaatliche Variante des Sozialstaates, die nach dem Zweiten Weltkrieg den Konflikt zwischen Arbeit und Kapital befrieden und in einem gewissen Umfang soziale Gerechtigkeit in den westlichen Demokratien herstellen konnte, ist heute zudem auch aus strukturellen Gründen angesichts einer globalisierten Wirtschaft keine solchermaßen erfolgsträchtige Strategie. Gegen

⁵⁵ Chantal Mouffe, *Für einen linken Populismus*, 85.

⁵⁶ Chantal Mouffe, *Für einen linken Populismus*, 85.

die EU insgesamt zu polemisieren, heißt nämlich auch, zu vergessen, dass deren gegenüber ihren einzelnen Mitgliedsstaaten ungleich größeres Format auch einen Schutz gegen die Härten einer globalisierten Wirtschaft sein könnte, wenn es gelänge, ihr andere, solidarische Konturen im Unterschied zu ihrer derzeitigen primären Gestalt einer Marktgemeinschaft zu geben.

Insgesamt muss meines Erachtens bezweifelt werden, ob es sich bei Renationalisierungsstrategien, anders als manche Linkspopulist*innen, die Rechtspopulist*innen dann bedenklich nahe kommen, zu behaupten scheinen, angesichts der enormen globalen Ungleichheit überhaupt um linke Projekte handeln kann – vor allem diesen zweiten Punkt können Rechtspopulist*innen erfolgreich ausblenden, weil sie diejenigen, die ihre Situation angesichts einer unerträglichen globalen Ungleichheit auf individuellem Wege durch Migration zu verbessern suchen, zu Täter*innen umdeuten und eine gnadenlose Verteidigung brüchig gewordener Privilegien durch nationale Zugehörigkeit fordern. Es steht zu fürchten, dass dieser xenophobe und verantwortungslose Wille zur Vereinfachung durchaus einer der Gründe für den Erfolg rechtspopulistischer Bewegungen sein könnte, während linken Projekten in einer Welt eklatanter Ungleichheiten die emanzipatorische Vision abhanden gekommen zu sein scheint. Die Wieder- oder Neuentdeckung eines linken Leitbildes theoretisch antizipieren zu wollen, schiene mir einerseits die Bedeutung der Praxis politischer Kämpfe zu unterschätzen und dadurch andererseits die Rolle, die Theorie in ihnen spielen kann, zu überschätzen. Die theoretische Perspektive ist damit aber keineswegs zur Sprachlosigkeit verurteilt. Sie kann in den politischen Auseinandersetzungen unserer Zeit zumindest einen wichtigen Beitrag zur kritischen Infragestellung der derzeit so erschreckend erfolgreichen rechten Argumentations- und Identifikationsfiguren leisten und die Aufgabe einer kritischen Analyse des gesellschaftlichen und politischen Kontextes übernehmen. Das wird Gegenstand der beiden folgenden Kapitel sein, in denen es zunächst um die Fortdauer und Wiederkehr von Ausgrenzungspolitiken (Kap. 5) und hernach um die Frage von Grenzen und globaler Ungerechtigkeit geht (Kap. 6).